

Haushaltsrede der FWG zum Kreishaushalt 2014

Sehr geehrter Herr Landrat Diel,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit etwas Hoffnung hat unsere Fraktion dem Entwurf des Kreishaushaltes 2014 entgegengesehen: Sollte doch mit der seit Jahren vom Land geforderten Neuregelung des Finanzausgleiches, der letztendlich von Kommunen gerichtlich erstritten werden musste, nun endlich mit dem Kreishaushalt 2014 eine deutliche Verbesserung insbesondere bei unserem – durch Soziallasten besonders belasteten – Kreishaushalt eintreten. Dies war unserer aller große Hoffnung.

Nachdem uns nunmehr das Zahlenwerk für 2014 vorgelegt wurde, kann nüchtern festgestellt werden, dass der große Wurf einer deutlichen und vor allen dauerhaften finanziellen Entlastung nicht eingetreten ist.

Unsere Kreisfinanzen bewegen sich auf einen Gesamtschuldenstand von 230 Mill. € zu. Es wurde uns ein Haushaltsentwurf 2014 mit einem Defizit im Ergebnishaushalt von 11,145 Mill. € vorgelegt. Hinzu kommt noch die vorgesehene Kreditaufnahme im Investitionsbereich von 11,75 Mill. €. Und dies zu einer Zeit, wo die für 2014 errechneten Steuerkraftzahlen von 115,4 Mill. € nur leicht unter den Steuerkraftzahlen des Jahres 2013 von 117 Mill. € und deutlich über denen der Vorjahre 2011 und 2012 liegen, wo die Schlüsselzuweisungen A + B gegenüber dem Jahr 2013 um fast 3 Mill. € höher liegen und somit zusammengesehen bei gleichbleibendem Kreisumlagensatz von 45,5 % zu über 2,3 Mill. höheren Einnahmen bei der Kreisumlage führen und auch zu einer Zeit, wo das Zinsniveau so niedrig wie nie ist.

Unser Problem sind nach wie vor die Ausgaben im Bereich Soziale Sicherung, wo unter'm Strich ein Zuschussbedarf von 76,35 Mill. € verbleibt und dieser Zuschussbedarf ist im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr 2013 um 5,8 Mill. € gestiegen. Und in einer solchen Situation können die Einnahmen noch so fließen und das Landesfinanzausgleichsgesetz in 2014 auch finanzielle Entlastungen im Bereich Soziale Sicherung unter'm Strich von 3,4 Mill. € bringen – sofern das veranschlagte Berechnungsmodell überhaupt richtig ist: Solange demgegenüber die Ausgaben in diesem Bereich noch mehr steigen, solange wird sich die finanzielle Seite unseres Landkreises nicht verbessern, nein, im Gegenteil, sie wird sich auf Dauer noch weiter verschlechtern. Dies auch vor dem Hintergrund, dass unser Landkreis in dieser finanziellen Situation in 2014 und 2015 noch im Rahmen einer Übergangsregelung zusätzlich einen Soziallastenansatz von 2,8 Mill. € erhält, der möglicherweise ab dem Jahr 2016 wegfällt. Zudem soll auch der bisherige Härteausgleich im Bereich Wohngeld in 2017 überprüft werden. Auch hier würde ein Wegfall unseren Kreishaushalt in Zukunft mit zusätzlich 2,5 Mill. € jährlich belasten.

Insoweit bringt das Landesfinanzausgleichsgesetz in 2014 unter'm Strich unserem Landkreis nicht die erhoffte dauerhafte finanzielle Entlastung und auch trotz des Beitritts zum Kommunalen Entschuldungsfond und damit verbundener Einsparmaßnahmen und auch trotz der eingeleiteten Maßnahmen des Konsolidierungs- und Effektivkonzeptes steigt die jährliche Neuverschuldung unseres Landkreises nach wie vor ins Unermessliche weiter an. Damit wird deutlich sichtbar, dass unsere Finanzprobleme auf Kreisebene nicht hausgemacht sind, sondern auf der großen politischen Bühne vornehmlich in Berlin, aber auch in unserem Land Rheinland-Pfalz zu verantworten sind. Hier ist leider kein Ende in Sicht. Wir haben nach wie vor – also auch nach dem aktuellen Landesfinanzausgleichsgesetz - ein Schuldenproblem.

Dreh- und Angelpunkt sind die Ausgaben im Bereich Soziale Sicherung und hierfür erhalten wir nicht die nötige Finanzausstattung. Ob nun eine mögliche Große Koalition in Berlin mit ihrem vollmundigen Ziel der finanziellen Entlastung der Kommunen in den kommenden Jahren zu einer Entlastung unseres Kreishaushaltes führen wird, das bezweifle ich sehr. Es mag zwar sein, dass Geld von Berlin auch nach Rheinland-Pfalz fließen wird. Wie weit dieses Geld aber fließt, das liegt leider nicht in unserer Hand. Möglicherweise landet dieses Geld im desolaten Landeshaushalt und wird nicht an uns Kommunen weitergegeben. Erfahrungen der Vergangenheit haben dies immer wieder gezeigt und die aktuelle Situation um den Landesfinanzausgleich zeigt, dass nicht das eintritt, was vorher versprochen wurde bzw. was man sich auch vorher erhofft hatte.

Entscheidend ist immer, was auf der untersten Ebene ankommt und das ist zumindest für unseren Landkreis mehr als mager und auf jeden Fall viel zu wenig.

Die Verschuldung unseres Kreises aus Investitionstätigkeit wird sich in 2014 auf 93,35 Mill. € erhöhen, sofern von unserer Aufsichtsbehörde die im Plan veranschlagte Kreditneuaufnahme in Höhe von 11,75 Mill. € Mill. genehmigt wird. Mit dieser Neuverschuldung können die vorgesehenen wichtigen Investitionsmaßnahmen in einer Größe von 15,4 Mill. € insbesondere in dem Bereich Bildung mit 10,2 Mill. € - was prozentual 66,55 % unserer Investitionsmaßnahmen entspricht - umgesetzt werden. Diese Maßnahmen in den Bereichen Schulen und Kindergärten werden von meiner Fraktion ausdrücklich begrüßt und auch unterstützt, weil dies Investitionen in unsere Zukunft sind und weil mit diesen Investitionsmaßnahmen auch Gegenwerte entstehen.

In diesem Zusammenhang möchten wir aber auch den Zeigefinger heben. Es kann nicht sein, dass aktuell für den Bau einer Mensa von der Verwaltung eine Planung in Höhe von 2,8 Mill. € von der Aufsichtsbehörde gestoppt werden muss, weil die Richtwertbaukosten bei 1,8 - 2 Mill. € liegen und nunmehr umgeplant wird mit dem Hinweis der Bauabteilung, dass auch bei den geringer genehmigten Baukosten die Qualität der Mensa nicht leiden würde. Auch wenn die Baukosten dieser Umplanung nun bei voraussichtlich 2,3 Mill. € und damit über den Richtwertbaukosten liegen, so werden letztendlich dennoch ½ Mill. Euro eingespart. Hier muss doch die Frage erlaubt sein, warum man vorher überhaupt so teuer geplant hat.

Bei der desolaten finanziellen Situation unseres Kreises ist in der Zukunft gerade bei teuren Baumaßnahmen der Sparstift anzusetzen und nach sinnvollen kostengünstigen Lösungen zu suchen. Hier erneuere ich nochmals die Forderung meiner Fraktion, in der Vorplanung den Bauausschuss mehr in die Beratung einzubeziehen.

Meine Fraktion begrüßt auch ausdrücklich die vorgesehenen Investitionsmaßnahmen im Kreisstraßenbau, die im Hinblick auf den desolaten Zustand unserer Kreisstraßen schon bescheiden genug sind. Hier hoffen wir auf die positiven Signale der voraussichtlichen Großen Koalition in Berlin, welche zusätzliche Gelder für den Straßenbau zur Verfügung stellen möchte. Aber auch hier gilt wieder: Die Frage ist, was von diesen Geldern nach unten verteilt wird.

Große Sorge bereitet meiner Fraktion nach wie vor die Entwicklung bei den Kassenkrediten. Mit der in 2014 entstehenden Deckungslücke von rd. 11,14 Mill. € wird sich bei den Kassenkrediten die Gesamtdeckungslücke voraussichtlich bis Ende des Jahres 2014 auf rd. 133 Mill. € hochgeschraubt haben. Und dieses Geld ist ohne Gegenwert „verfrühstückt“. Dem Kreis und vor allem Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, sind leider die Hände gebunden. Wir können Ihnen bescheinigen, dass Sie in den vergangenen Jahren nach Einsparmöglichkeiten gesucht haben, wo es auch nur ging. Wir begrüßen dabei ausdrücklich, dass Sie auch in dem Haushalt 2014 die Sachausgaben – und wenn es auch „nur“ 50.000 € sind bzw. sein können - begrenzen möchten. Für eine funktionierende Verwaltung ist aber auch eine gute Personal- und Sachausstattung erforderlich. Insoweit sehen wir in diesem Bereich nur wenig Handlungs- und Einsparungsspielraum. Denn Gesetze müssen vom Personal ausgeführt werden und notwendige, auch ständig zunehmende Verwaltungsarbeit muss bewältigt werden.

Wir können im Prinzip die hohe Neuverschuldung weiterhin nur noch „abnicken“ und haben keine große Möglichkeit der Einflussnahme mehr. Faktisch kann man hier schon länger nicht mehr von der gesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung sprechen. Insoweit begrüßen wir es aber und sind froh, dass von Seiten der Verwaltung für den Kreishalt 2014 keine Erhöhung des Kreisumlagensatzes von derzeit 45,5 % vorgeschlagen wird. Der aktuelle Umlagensatz ist für unsere Gemeinden schon hoch genug.

Die FWG-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2014 in der vorliegenden Form zu und bedankt sich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Diel, und Ihrer Verwaltung - und hier im Besonderen bei Herrn Kämmerer Ryschawy - für die Erarbeitung dieses umfangreichen Zahlenwerkes.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

*vorgetragen in der Sitzung des Kreistages am 16. Dezember 2013
durch den Fraktionsvorsitzenden Herrn Wolfgang Zimmer*